Helmut Schmidt

Die Selbstbehauptung Europas im neuen Jahrhundert

Mit einer Replik von Horst Teltschik

Humboldt-Reden zu Europa

8. November 2000

deutsche Nationalstiftung

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR
EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT

In Zusammenarbeit mit

VERANSTALTUNGSFORUM
DER VERLAGSGRUPPE
GEORG VON HOLTZBRINCK
GMBH

»Humboldt-Reden zu Europa«
Veranstaltungsreihe des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin und der Deutschen Nationalstiftung in Zusammenarbeit mit dem Veranstaltungsforum der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck.

Deutsche Nationalstiftung
Feldbrunnenstr. 56
20148 Hamburg
www.nationalstiftung.de

Herausgeber:
Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser
Berlin 2001

Redaktion:
Birgit Eggert
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstr. 33
10245 Berlin

Heft 107
Humboldt-Reden zu Europa 1

ISBN 3-86004-141-X

Inhalt

Ingolf Pernice
Einführung 5

Helmut Schmidt
Die Selbstbehauptung Europas im neuen Jahrhundert 7

Horst Teltschik
Replik 25

Über die Autoren 33

Ingolf Pernice

Einführung

Verehrter Herr Bundeskanzler, Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, Herr Minister, Exzellenzen, meine Damen und Herren,

Europa ist im Aufbruch. Erstmals in seiner Geschichte schicken sich die Völker unseres Kontinents an, auf freiwilligem, vertraglichem Wege zu einer politischen Einheit zu gelangen, die Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle sichert. Das vor jetzt 50 Jahren von Monnet und Schuman entwickelte Konzept überwindet und relativiert den klassischen Nationalstaat. Es begründet die Erfolgsgeschichte der Integration durch die gemeinsame Ausübung eines Teils der Souveränität durch supranationale Institutionen, wie sie die bisherige Entwicklung Westeuropas prägt und nun schrittweise die Bürger West-, Mittel- und Osteuropas als Unionsbürger in einem föderalen System vereinigen soll.

Die Regierungskonferenz von Nizza soll die Union für die Osterweiterung „fit machen“. Mit der Grundrechte-Charta wollen sich die heutigen Mitgliedstaaten und ihre Bürger untereinander und mit den Beitrittskandidaten Gewissheit über eine gemeinsame Wertebasis schaffen. Weitere Schritte kündigen sich bereits an: Kompetenzabgrenzung, Konsolidierung der Verträge, Stärkung der demokratischen Legitimation und Effizienz der Institutionen, Neugestaltung des Verfahrens der Vertragsrevision. Durch sie wird der Prozess der Verfassung Europas als Angelegenheit der Bürger deutlicher in den Blick rücken.

Mit rund fünfzehn neuen Mitgliedstaaten und den dazu nötigen Reformen entsteht ein neues Europa, es ist mehr als die Einbeziehung der Anderen. Es geht um einen erneuerten und erweiterten europäischen Gesellschaftsvertrag, auf der Basis der Verträge von Rom, Maastricht und Amsterdam, die die Europäische Union konstituieren und schrittweise dem Vorstellungsbild einer Verfassung der Union anzupassen

sind. Jede Regierung handelt und verhandelt dabei als Beauftragte ihrer Bürger, die sich durch die neuen Verträge nicht nur eine gemeinsame Hoheitsgewalt und Institutionen schaffen, sondern auch gegenseitig den Freiheits-, Gleichheits- und Solidaritätsstatus der Unionsbürgerschaft einräumen.

Meine Damen und Herren,
dieses Europa steht vor großen Herausforderungen. Dem Euro – Symbol der Einheit und der Wirtschaftskraft Europas nach innen und außen – scheint zur Zeit die Anerkennung versagt zu sein, von außen und innen. Der wirtschaftliche Riese Europa hat Mühe, sich auch (außen-)politisch als Machtfaktor zu behaupten. Seine globale Führungsrolle in der Umweltpolitik scheint zu zerbröckeln. Die digitale Revolution stellt Europa vor kaum zu ermessende Ungewissheiten. Das – verglichen mit Asien, Afrika und Amerika – winzige Europa schöpfte seine frühere Kraft als Weltmacht aus der Vielfalt und Interaktion seiner Kulturen, die von ihren Wurzeln in Kleinasien und Einflüssen aus der übrigen Welt nicht zu trennen sind. Ohne die Offenheit zur restlichen Welt, zu ihren Kulturen und Menschen – nicht anders als zu ihren Märkten, ohne die Offenheit für den Eigenwert des Anderen als Grundwert der eigenen (Verfassungs-)Kultur wird Europa in der Welt sich nicht mehr behaupten können.

Herr Bundeskanzler, auch im Namen des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht danke ich Ihnen herzlich, dass Sie uns heute hier an der Humboldt-Universität zu Berlin Ihre Gedanken zu diesem existentiellen Thema vortragen wollen. Sie eröffnen damit unsere mit Ihrer Stiftung gemeinsam konzipierte Reihe der „Humboldt-Reden zu Europa“, für die Sie selbst die Anregung gegeben haben. Wir sind glücklich, dass Sie mit Ihrem persönlichen Engagement heute dafür Maßstäbe setzen. Der überfüllte Saal zeigt, dass ich nicht der Einzige bin, der sich darauf freut, an Ihren Erfahrungen und vielleicht auch Visionen teilhaben zu dürfen. Herr Dr. Teltschik wird nachher das Gespräch mit Ihnen einführen und leiten.

Herzlichen Dank Ihnen beiden,

Verehrter Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

Helmut Schmidt

Die Selbstbehauptung Europas im neuen Jahrhundert

Meine Damen und Herren, heute Abend werde ich mich auf die Europäische Union konzentrieren. Sie werden dabei unschwer feststellen, dass ich nur meiner eigenen Erfahrung und meinem eigenen Urteil folge und dabei weder unserer Bundesregierung noch unserer Opposition zu Diensten sein werde.

Zum Thema Selbstbehauptung: Behauptung gegenüber wem? Nach meiner Einschätzung stehen die Nationen oder die Staaten Europas in dem eben beginnenden 21. Jahrhundert mindestens vor sechs neuartigen Herausforderungen.

Die erste Herausforderung, die ich nennen muss, besteht in der schnellen Vermehrung der auf der Erde lebenden Zahl von Menschen. Am Beginn des 20. Jahrhunderts lebten auf der Erde 1,6 Milliarden Menschen. Am Ende des 20. Jahrhunderts, im vorigen Jahr, lebten auf der Erde 6 Milliarden Menschen: viermal so viele, eine Vervierfachung im Lauf eines einzigen Jahrhunderts, wobei diese enorme Vermehrung im Wesentlichen nach Ende des Zweiten Weltkrieges eingesetzt hat.

Nach den Prognosen, welche – im Auftrag der Vereinten Nationen – eine Gruppe von Wissenschaftlern alle paar Jahre veröffentlicht, muss man damit rechnen, dass wir in der Mitte des jetzigen Jahrhunderts bei 9 Milliarden Menschen stehen werden, möglicherweise bei sehr viel mehr. 9 Milliarden ist die mittlere Prognose zwischen zwei Von-bis-Prognosen. Am Ende des Jahrhunderts stehen wir möglicherweise bei 11 oder 12 Milliarden Menschen. Diese Vermehrung findet ausschließlich außerhalb Europas statt: in Asien, im Mittleren Osten, in Schwarzafrika, Lateinamerika, dagegen nicht in Europa, nicht in Rußland, nicht in Japan und nur zu einem kleinen Teil in Nordamerika.

Zweitens: Wir werden es zu tun haben mit einer nicht mehr zu bezweifelnden Erwärmung auf dem ganzen Erdball. Die Prognosen, die darüber alle paar Jahre fortgeschrieben werden von international kooperierenden wissenschaftlichen Institutionen, reichen von einer Erwärmung um 1,5° Celsius bis hin zu 3,6° Celsius im Laufe von nur 100 Jahren. Die Wissenschaft hat einstweilen das globale Klimasystem noch nicht richtig im Griff. Sie ist sich aber einig darüber, dass der menschliche Faktor, die Wissenschaftler nennen ihn lateinisierend und hochgestochen den anthropogenen Faktor, dass er dabei eine Rolle spielt, zum Beispiel durch die Emission von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen. Wie groß dieser Faktor ist, das weiß man einstweilen noch nicht. Es kann durchaus sein, dass die Erwärmung im Wesentlichen auf Veränderungen im Weltklimasystem beruht. Sie wissen alle aus der Schule, dass wir schon Eiszeiten hinter uns haben, hier an Ort und Stelle, dass wir auch Warmzeiten hinter uns haben; auf deutschem Boden haben auch schon einmal Elefanten gelebt.

Die dritte neuartige Gefährdung folgt aus beiden eben genannten Herausforderungen: Wir werden eine sehr viel größere Zahl von regionalen und lokalen Kriegen erleben als bisher in den letzten Jahrzehnten. Wir haben zumeist nicht ganz sorgfältig hingeguckt, aber immerhin hat es allein im letzten Jahrzehnt, den 90er Jahren, auf der Erde bereits etwa 50 bewaffnete lokale und regionale Konflikte gegeben. Von Tschetschenien bis Osttimor oder von Ruanda, Burundi bis nach Bosnien oder ins Kosovo.

Diese Kriege, verstärkt durch die Konsequenzen der Erwärmung, die gleichzeitig ja Anhebung der Oberfläche der Ozeane bedeuten, Vertreibung von zig-Millionen von Menschen, die heute ihre Heimat in den Deltas der großen Flüsse Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben, werden zu gewaltigen Wanderungsströmungen führen. Die Wanderungsströme werden sich auf die Zielgebiete Nordamerika und Europa richten. Die Amerikaner werden damit relativ rücksichtslos fertig werden, die Europäer schon deutlich schwerer. Aber einzelne Staaten Europas werden damit überhaupt nicht fertig, wenn sie allein und als einzelne reagieren.

Viertens muss ich die Tatsache nennen, dass wir es mit neuartigen Weltmächten zu tun haben werden. Es gibt keinen Asiaten, der nicht heute schon China für eine Weltmacht hält; die Amerikaner werden noch etliche Jahre brauchen, bis auch sie die Rolle Chinas verstehen. Rußland bleibt eine Weltmacht, auch wenn die innere Schwäche dieses Staates noch eine oder zwei Generationen anhalten sollte. China wird vor der Mitte dieses Jahrhunderts allein bei 1500 Millionen Menschen stehen, Indien übrigens auch. Auch Indien ist auf dem Wege, eine Weltmacht zu werden. Niemand kann ausschließen, dass anschließend Brasilien zu einer Weltmacht wird.

Die Weltmächte werden mit Vehemenz danach streben, das Unheil von sich abzuwehren, zum Beispiel, indem sie die Flüchtlingsströme auf Europa dirigieren. Insbesondere werden sie mit Vehemenz danach streben, die notwendige Konsequenz der Klimaerwärmung von sich selbst abzuwehren, nämlich die Konsequenz, weniger Kohlenwasserstoff zu verbrennen als bisher. Das ist nach den beiden großen Konferenzen in Rio de Janeiro und in Kyoto schon heute deutlich erkennbar. Dadurch werden die Staaten Europas unter verstärkten Druck geraten.

Fünftens muss ich darauf aufmerksam machen, dass die Globalisierung der Finanzmärkte, die seit etwa anderthalb Jahrzehnten im Gange ist und ein Ausmaß erreicht hat, das wir niemals vorher erlebt haben, dass diese Globalisierung der Finanzmärkte und der Finanzströme die ökonomische und die politische Selbstbestimmung selbst größerer Staaten gefährdet.

Und sechstens muss ich aufmerksam machen auf die technologische Globalisierung, die nicht nur etwa die Koreaner oder früher schon die Japaner in Stand gesetzt hat, die gleichen Autos zu bauen, wie sie auch in Wolfsburg oder in Köln oder in Rüsselsheim gebaut werden. Die gleichen Autos, die gleiche Qualität, aber billiger, weil zu sehr viel niedrigeren Löhnen produziert wird. Die technologische Globalisierung gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand in den alten Industriestaaten, insbesondere in Westeuropa.

Das also zur Erläuterung des Schlagwortes „Herausforderung durch neue Gefährdungen“. Was aber müssen wir tun, um uns selbst im

Laufe der nächsten zwei, drei Generationen behaupten zu können? Die europäischen Nationalstaaten, ob die größeren wie England, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Polen oder die kleineren wie Österreich oder Finnland, werden einzeln und für sich allein keiner dieser Herausforderungen gewachsen sein. Sie bedürfen einer Bündelung ihrer Kräfte. In diesem Sinne wird aus der Europäischen Union eine Art von Notgemeinschaft werden.

Die heutige Europäische Union, 15 Mitgliedstaaten, hat sich im Laufe eines halben Jahrhunderts, seit dem Mai 1950, als Robert Schuman, damals französischer Außenminister, den Schuman-Plan verkündete, aus sehr bescheidenen Anfängen zu dem entwickelt, was wir heute vor uns sehen. Damals waren es nur sechs Staaten: Frankreich, Italien, Deutschland und Holland, Belgien, Luxemburg. Sie konzentrierten sich damals auf die damaligen Schlüsselindustrien für den Wiederaufbau Europas nach dem Kriege, nämlich Kohle und Stahl. Kohle spielt heute kaum noch eine Rolle und Stahl nur noch eine geringe Rolle. Und statt sechs Staaten sind wir heute in der Europäischen Union 15 Mitgliedstaaten.

Dies ist ein Vorgang, der in der ganzen Menschheitsgeschichte ohne Parallele ist. Seit Beginn des chinesischen Imperiums, seit den alten Ägyptern, seit den Reichen im Zweistromland oder später zu Zeiten von Dschingis Khan oder zu Zeiten von Napoleon oder noch später zu Zeiten Hitlers sind unter Druck und militärischer Eroberung viele Male Staaten vereinigt worden, viele Staaten sind untergegangen. Aber dass Staaten freiwillig, von sich aus, aus Erkenntnis der Notwendigkeit, Teile ihrer Souveränität aufgegeben hätten, das ist absolut ohne Beispiel in der menschlichen Geschichte, etwas völlig Neuartiges.

Weil er ohne Vorbild ist, deswegen ist natürlicherweise der heute erreichte Zustand der Europäischen Union durchaus mit Unvollkommenheiten und mit Fehlentwicklungen behaftet. Andererseits muss man vor dem Hintergrund der Lage Europas im Jahre 1945 genauso deutlich sagen, dass die Europäische Union, wie wir sie heute erreicht haben, ein beinahe unglaublicher Erfolg ist.

Die führenden Staatsmänner im heutigen Europa haben den Willen, durch Aufnahme weiterer Staaten, die insbesondere lange unter sowjetischer Vorherrschaft, unter kommunistischer Diktatur gelitten haben, die Europäische Union zu erweitern. Und wenn ich es richtig sehe, sind die Nationen der bisherigen 15 Mitgliedstaaten zwar im Grunde mit dem Ausbau und mit der Erweiterung der Union einverstanden. Aber wenn es dann konkret wird, haben sie vielfältige, aus der eigenen nationalen Geschichte herrührende Hemmungen zu überwinden. Deswegen, so denke ich, darf, damit die Hemmungen überwunden werden, der weitere Ausbau, die Erweiterung nur schrittweise und im Laufe der Zeit geleistet werden.

Dabei muss man sich erinnern an die am Beginn des Integrationsprozesses maßgebenden strategischen Prinzipien. Ich habe den Namen von Robert Schuman erwähnt; der Mann, der dahinter stand und von dem das Konzept stammte, war Jean Monnet. Ich hatte das Glück, Jean Monnet schon Ende der 40er Jahre kennenzulernen und bin ihm über 50 Jahre hin ein getreuer Schüler geblieben.

Damals standen zwei Prinzipien im Vordergrund. Eigentlich hatte Winston Churchill sie schon vier Jahre vor dem Schuman-Plan in einer großartig angelegten Rede in Zürich vorgetragen. 1946 hat Churchill, damals ohne Amt, seinen französischen Kriegskameraden gesagt: Ihr müsst Euch mit den Deutschen versöhnen, und Ihr müsst gemeinsam die Vereinigten Staaten von Europa zustande bringen. Er hatte ganz klar gemacht, er war ja Engländer, England würde nicht dazu gehören, die Engländer hätten ja das Commonwealth (das Commonwealth hat sich inzwischen verflüchtigt). Die beiden strategischen Prinzipien damals waren: zum ersten eine Barriere zu bauen gegenüber einer expansionistischen Sowjetunion und gegenüber dem Vordringen des Kommunismus in Richtung auf Mitteleuropa, insbesondere in Richtung auf Südeuropa; zum anderen die Einbindung des als gefährlich erachteten deutschen Volkes.

Das erste Motiv der Abwehr kommunistischer oder sowjetischer Expansion spielt heute mit Recht keine Rolle mehr. Die Einbindung Deutschlands dagegen spielt als Motiv immer noch eine wichtige Rolle. Damals handelte es sich um einige 40 Millionen Westdeut-

sche, inzwischen sind wir über 80 Millionen Einwohner im vereinigten Deutschland. Die Franzosen sind keine 60 Millionen, die Engländer oder die Italiener auch nicht. Die Polen sind keine 40, die Spanier sind keine 40 Millionen. Adenauer war der erste deutsche Politiker, der begriff, dass die Einbindung Deutschlands in den größeren Verbund im langfristigen, strategischen Interesse der Deutschen liegt.

Nicht sehr lange hat es gedauert, dann kam ein neues, ein drittes strategisches Prinzip hinzu. Nach den Erfahrungen mit Kohle und Stahl kam man schon in den 50er Jahren zu der Erkenntnis, dass ein gemeinsamer offener allgemeiner Markt, weit über Kohle und Stahl hinaus, ökonomische und soziale Lebensstandardvorteile für alle Beteiligten mit sich bringen würde, die man als einzelner Staat hinter eigenen Zoll- und Außenhandelsmauern so nicht erreichen würde. So kam es im Lauf der 50er Jahre zu den römischen Verträgen und zu der Zielsetzung eines gemeinsamen Marktes.

Und heute, am Beginn des neuen Jahrhunderts, tritt abermals ein neues strategisches Motiv hinzu, nämlich die Einsicht, dass man anders als gemeinsam, ohne gemeinsame Handlungsfähigkeit nach außen, sich als einzelner souveräner Staat gegenüber den Gefährdungen des neuen Jahrhunderts selbst nicht würde behaupten können.

Die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach außen läßt gegenwärtig viel zu wünschen übrig. Im vorigen Monat hat es angesichts der abermaligen Zuspitzung der Spannungen im Nahen Osten wieder einmal eine Diskussion in den Vereinten Nationen gegeben; wie dort üblich, endete sie mit einer Entschließung. Aber die Deutschen stimmten für die Entschließung, die Franzosen enthielten sich der Stimme. Von gemeinsamer Außenpolitik keine Spur!

Mir liegt an dieser Stelle am Herzen, darauf hinzuweisen, dass der bisherige europäische Integrationsprozess von Frankreich aus in Gang gesetzt worden ist. Zwei Namen sind schon genannt worden, Jean Monnet und Robert Schuman. Man kann durchaus, wenngleich er wirklich kein großer Anhänger der europäischen Integration war, General de Gaulle in diesem Zusammenhang erwähnen; denn ohne

dessen Elysée-Vertrag des Jahres 1963 wäre die enge Zusammenarbeit zwischen Paris und damals Bonn nicht zustande gekommen. Es war nicht de Gaulles Absicht, damit die europäische Integration zu fördern, aber das hat er tatsächlich bewirkt. Immerhin haben wir zwanzig Jahre gebraucht, von 1950 bis in die frühen 70er, bis aus der Gemeinschaft von sechs Staaten sieben wurden, dann neun, noch ein Jahrzehnt später zwölf und noch ein Jahrzehnt später fünfzehn Staaten. Eine langsame, schrittweise Entwicklung.

Der zweite Nachfolger nach de Gaulle, Giscard d'Estaing, war der erste Präsident Frankreichs, der verstand, dass die Einbindung Deutschlands in den größeren Zusammenhang auf die Dauer nur aufrechterhalten werden konnte, wenn Frankreich bereit war, sich in gleicher Weise selbst einzubinden. Jean Monnet hatte das schon gewusst, aber er hatte es nicht laut gesagt; Jean Monnet breitete seine ferneren Ziele nie öffentlich aus.

Es gibt in Frankreich natürlich Widerstände, genauso wie es in Deutschland Nationalismus gibt, leider Gottes sogar Chauvinismus – der ist kein französisches Vorrecht. Heute darf man sagen, dass das Erfordernis der Selbsteinbindung auf beiden Seiten des Rheins verstandesmäßig begriffen worden ist, noch nicht notwendigerweise gefühlsmäßig. Das gilt für die vorherige Bundesregierung, in der Herr Teltschik eine wichtige Rolle gespielt hat, es gilt für die jetzige Bundesregierung, es gilt auch für die jetzige Staatsführung in Paris.

Der heute erreichte Zustand der Europäischen Union würde gefährdet, wenn diese Zusammenarbeit, die Selbsteinbindung Frankreichs, die Selbsteinbindung Deutschlands und die Kooperation zwischen Paris und Berlin nicht funktionierte. Diese Kooperation bleibt die kardinale Voraussetzung für einen weiteren Erfolg des Integrationsprozesses. Und dieser Erfolg liegt allerdings im strategischen, nationalen Interesse der Franzosen genauso wie im strategischen Interesse der Deutschen wie im Interesse zum Beispiel der Polen und anderer Nationen.

Der gemeinsame Markt hat sich als ein riesenhafter Erfolg erwiesen; er war allerdings noch nie vollständig, er ist auch heute noch nicht

ganz vollständig. Ein gemeinsamer Markt mit einigen dreizehn oder vierzehn Währungen, der hieß bloß so, er war noch kein echter gemeinsamer Markt. Ich habe noch nie auf der Welt einen Basar erlebt mit dreizehn gleichzeitigen Währungen, nicht einmal in Marrakesch, in Moskau oder auf Zypern. Drei oder vier Währungen ist das äußerste, was ein normaler Mensch täglich bewältigen könnte. Es war notwendig, zu einer gemeinsamen Währung zu kommen.

Die gemeinsame Währung haben wir jetzt seit fast zwei Jahren. Aber keiner hat sie bisher gesehen. Es war ein Fehler, dass man den Leuten nicht gleichzeitig die Euro-Geldscheine und die Euro-Münzen in die Hand gegeben hat; denn wenn wir seit anderthalb Jahren unsere Miete in Euro bezahlten, unsere Coca Cola und unsere Zigaretten und alles andere in Euro bezahlten, wenn wir seit zwei Jahren gewohnt wären, in Euro zu zahlen, dann würde sich keiner von uns von dem albernen Geschreibsel in den Zeitungen verrückt machen lassen, dass der Euro angeblich eine schwache Währung sei.

Der Euro ist, was die Kaufkraft dieser Währung angeht, heute, und das seit beinahe zwei Jahren, stabiler, als es die Kaufkraft der DM in den 90er Jahren gewesen ist! Da wir aber leider immer noch mit DM bezahlen, können wir das einstweilen noch gar nicht richtig empfinden. Wenn am 1. Januar des Jahres 2002 endlich die gemeinsamen Geldzeichen ausgegeben werden, wird sich übrigens auch herausstellen, dass die Preise, die Kosten und die Löhne in ganz Europa sehr viel durchsichtiger werden als bisher. Es wird den Wettbewerb unter und zwischen den Europäern verschärfen – und Wettbewerb ist eine gute Sache.

Gleichzeitig wird mit dieser gemeinsamen Währung immer deutlicher werden, dass wir als EU eine gemeinsame Finanzaußenpolitik brauchen, zum Beispiel im Weltwährungsfonds oder in der Weltbank; dass wir – und darum muss es dringend gehen in den nächsten 10 Jahren! – die teilweise unkontrollierten Verhaltensweisen der an der Finanzglobalisierung beteiligten Geldhäuser weltweit unter Aufsicht bringen müssen. Wir sind es seit Generationen gewohnt gewesen, dass unsere Banken, dass unsere Versicherungen und unsere Wertpapiere unter Aufsicht waren; wir haben in Deutschland für die-

se drei Bereiche drei Aufsichtsämter, die Amerikaner auch. Aber inzwischen gibt es Finanzhäuser, die unterliegen gar keiner Aufsicht; sie residieren auf Bermuda oder auf Zypern oder in Luxemburg oder auf Guernsey – und den Amerikanern ist das sehr recht. Eine gemeinsame Finanzaußenpolitik der EU gibt es einstweilen nicht. Die Europäer brauchen eine gemeinsame Kraft, um den großen, finanzwirtschaftlich übermächtigen Partner USA dazu zu bewegen, dass eine funktionierende Aufsicht über weltweit verantwortungslos spekulierende Finanzhäuser geschaffen wird.

Ich komme von der Küste, da ist es seit 200 Jahren selbstverständlich, dass alle Schiffe auf den Ozeanen der Welt nach denselben internationalen Ausweichregeln verkehren. Auch ist allen Schiffen dieselbe Lichterführung vorgeschrieben, grüne und rote Lampen, Hecklichter, Dampferlichter. Auch im Luftverkehr gelten selbstverständlich internationale Regeln, sonst hätten wir einen Crash nach dem anderen. Nur im Geldverkehr gibt es kaum internationale Regeln; es hat aber noch niemals einen so voluminösen Geldverkehr gegeben wie heutzutage, morgen wird er noch größer sein!

Die Amerikaner denken, sie seien nach dem Verschwinden der Sowjetunion die einzige Supermacht der Welt, und das stimmt sogar. Einige von ihnen denken darüber hinaus, deswegen hätten sie die Aufgabe, die ganze Welt zu regieren – und das ist falsch. So sehr allwissend sind sie nicht, wie sie es gerne sein möchten. Die politische Klasse in Amerika hat heute einen geringeren Überblick über die Zeitläufte und über die Entwicklung der Welt als früher. Vor fünfzig Jahren, noch vor dreißig Jahren haben die Amerikaner uns Europäern direkt und indirekt sehr geholfen beim Aufbau der europäischen Integration. Jetzt fangen sie an, die EU ein bisschen mit scheelen Augen zu betrachten. Man kann das verstehen, es ist, wie wenn zwei Behörden miteinander konkurrieren: Jeder möchte alle Kompetenzen für sich haben, die Nachbarbehörde soll möglichst ihre Planstellen abbauen. Wir wissen alle nicht, wer da nun gestern Nacht in den USA gewählt worden ist; aber eines ist deutlich zu spüren, wenn man heutzutage nach Amerika kommt: Die wenigen, die sich in Amerika für Außenpolitik verantwortlich fühlen, betrachten kritisch und in viel größerem Maße als jemals zuvor die sich abzeichnende Stärkung Europas.

Wenn Sie sich etwa an jenes phantastisch-feierliche Papier anlässlich eines Jahrestages des Nordatlantischen Bündnisses erinnern, ich glaube, das war im Frühjahr 99, mit welchem alle NATO-Partnerstaaten eine „Neue NATO“ ins Leben riefen, die fähig sein soll, auch weit über die Grenzen des im Nordatlantikvertrages definierten geographischen Raumes hinaus militärisch zu intervenieren, so steht dahinter die Vorstellung, dass die Europäer die Soldaten stellen und die Amerikaner die Generale, die Flugzeuge und die Satelliten. Einige Amerikaner haben das zugespitzt, so ein früherer Kollege von Herrn Teltschik, ein Sicherheitsberater eines amerikanischen Präsidenten – Zbig Brzezinski: Er hat in einem Buch und in einem großen Aufsatz ausdrücklich davon gesprochen, dass Amerika als einzige Supermacht die Aufgabe habe, den „Eurasischen Kontinent unter Kontrolle zu halten“. Dies grenzt an Größenwahn.

Es ist kein Wunder, dass die europäischen Regierungschefs in der allerletzten Zeit, nach den Erfahrungen in Bosnien und im Kosovo ernsthaft beschlossen haben, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Vor zehn Jahren wäre vielleicht ein Franzose auf die Idee gekommen, sonst aber kaum ein Europäer. Heute ist es eine allgemeine Reaktion auf die Prädominanz Washingtons. Doch wenn ich Amerikaner wäre, würde ich mir deshalb nicht allzu große Sorgen machen; denn bis es zu einer gemeinsamen Außenpolitik oder gar einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der Europäer kommt, dauert es noch 20 Jahre. Aber schrittweise wird man dahin kommen müssen. Das große Kunststück wird sein, gleichzeitig das partnerschaftliche Verhältnis zwischen den Europäern und den Amerikanern aufrechtzuerhalten und es nicht zu Bruch gehen zu lassen.

Nun kommt durch die beschlossene Aufnahme einer großen Anzahl von Staaten im Osten Mitteleuropas ein Bündel zusätzlicher Schwierigkeiten hinzu. Aus moralischen Gründen der Solidarität, auch aus geopolitischen, geostrategischen Gründen ist die Aufnahme einer Reihe weiterer Staaten in die Europäische Gemeinschaft wirklich geboten. Wenn wir allerdings die Aufnahme aller zwölf Staaten, die jetzt auf der Kandidatenliste stehen – und dann gibt es noch die Türkei als dreizehnten Kandidaten –, innerhalb einer kurzen Frist, quasi im Handumdrehen zustande brächten, dann ginge das Ganze

schief. Wenn man die Reden einiger unserer Minister und Regierungschefs und die Reden einiger Mitglieder der Brüsseler Kommission liest, dann erscheint die Gefahr, dass sie zu viele Dinge auf einmal machen, nicht ganz klein. Zumal schon heute die Union von fünfzehn Mitgliedstaaten nur noch schlecht funktioniert. Was zu sechst sehr gut funktioniert hat, zu neunt auch noch, das funktioniert zu fünfzehnt nur noch mehr schlecht als recht.

Wir haben seit der deutschen Vereinigung in den 90er Jahren zwei große Konferenzen der fünfzehn Regierungen untereinander gehabt, eine dritte Konferenz steht Ende dieses Jahres bevor; die erste war in Maastricht, die nächste in Amsterdam, jetzt kommt Nizza. Bei diesen Konferenzen ging es und geht es immer noch darum, die Union funktionstüchtiger zu machen, als sie im Augenblick ist. Es gibt dazu das schöne Stichwort von der „Vertiefung“, d.h. der Strukturreform, die notwendig ist. Wenn wir sie jetzt nicht zustande bringen, wird es nach dem Beitritt all der Kandidaten noch viel schwieriger als gegenwärtig.

Oben auf der Agenda des Reformbedarfs steht, dass man bei den Beschlussverfahren innerhalb der Europäischen Union das Vetoprinzip zurückdrängt. Das Wort Vetorecht wird zwar in der öffentlichen Debatte nicht benutzt, vielmehr wird vom Einstimmigkeitsprinzip geredet. Aber alle Beschlüsse, die Einstimmigkeit verlangen, erlauben jedem einzelnen Staat, allein den Beschluss zu Fall zu bringen. Wenn einer sagt, ohne mich, dann geht nichts. Meistens machen sie dann sehr komplizierte Kompromisse; Herr Teltschik ist ein Fachmann auf diesem Felde, der wird nachher vielleicht darüber sprechen. Viele sind aber sehr faule Kompromisse: bei Themen zum Beispiel, bei denen England im Boot zu halten war.

Es gibt eine Tugend des Kompromisses, meine Damen und Herren. Eine Tugend des Willens zum Kompromiss. Aber viele der Kompromisse, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, waren faul, nämlich zu Lasten der Zukunft geschlossen. Man hat in Maastricht eine Reihe von Problemen auf die nächste Regierungskonferenz verschoben, man hat in Amsterdam dieselben Probleme wiederum verschoben auf Nizza. Sie haben ein schönes Fachwort dafür erfunden:

leftover. Alle die leftovers werden von Konferenz zu Konferenz verschoben. Jetzt reden sie schon davon, dass sie im Jahr 2004 eine vierte derartige Konferenz haben wollen.

Es geht also um die Beseitigung des Vetorechts, um das Mehrheitsprinzip anstelle von Einstimmigkeit. Es geht zweitens um eine Neuordnung der Stimmgewichte. Es kann ja nicht so sein, nachdem wir den kleineren Staaten immer sehr viel höhere Stimmgewichte gegeben haben als den großen, dass in Zukunft die vielen Mitgliedstaaten, die Geld haben wollen, gemeinsam mit großer Mehrheit beschließen, was die wenigen Mitgliedstaaten, die finanzielle Nettobeiträge leisten, gefälligst zu zahlen haben. Das Problem kennen wir übrigens aus dem deutschen Bundesrat und aus dem deutschen Finanzausgleich.

Es geht drittens um die Zahl der Mitglieder der Kommission. Die Kommission in Brüssel, das eigentliche Exekutivorgan der Europäischen Union, besteht zur Zeit aus 20 Leuten. Ein bisschen viel für ein Kabinett. Die 5 Großen – Spanien, Frankreich, Italien, England und Deutschland – entsenden jeder zwei Mitglieder in die Kommission, die anderen haben jeder eins. Macht zusammen 20. Wenn nun 12 Staaten dazukommen, dann werden das schon 32, und weil Polen ein großer Staat ist, wären es dann 33 Kommissionsmitglieder. Schon heute ist aber die Kommission viel zu groß.

Das sind ja ordentliche Leute, die wollen ja nicht ihr Geld umsonst haben, sie wollen auch was dafür tun. Also produzieren sie Papiere, Direktiven und Anordnungen sondergleichen. Die jetzt eben geklatscht haben, müssen wissen, dass unsere eigenen Minister immer mit schuld daran sind, denn der sogenannte Ministerrat, der beschließt allen Unfug mit. Ich habe zum Beispiel nichts dagegen, belehrt zu werden, dass Rauchen ungesund ist. Aber wenn ich belehrt werden muss, warum muss das dann für ganz Europa angeordnet werden? Wenn ich belehrt werden muss, dann soll man das gefälligst dem Bundestag oder der Bundesregierung überlassen. Oder warum muss der Krümmungsgrad von Salatgurken für ganz Europa einheitlich geregelt werden? Oder der Sitz auf landwirtschaftlichen Traktoren? Das sind Beispiele, die mir aus dem Handgelenk zuflie-

gen. Das kommt dabei heraus, wenn man einerseits viel zu viele Mitglieder der Kommission hat, die aber alle was tun wollen, und wenn man andererseits statt eines Ministerrates in Wirklichkeit 18 oder 19 Ministerräte hat.

Wir müssen nicht nur von der Vielzahl der Kommissionsmitglieder runter, wir müssen viertens auch viele dieser Ministerräte beseitigen. Sie haben in den Verträgen übrigens keinerlei rechtliche Grundlage. Die Verträge reden von dem Ministerrat im Singular: „der Rat". Außerdem reden sie seit Maastricht, glaube ich, auch vom Europäischen Rat. Der Europäische Rat, das sind die Staatschefs, die Chiracs oder die Regierungschefs, die Schröders oder die Kohls oder wie sie gerade heißen. Also vertragsrechtlich insgesamt nur zwei Räte. Die Vielzahl der tatsächlich agierenden Ministerräte trägt einen hohen Verantwortungsanteil für den bürokratischen Wildwuchs der EU.

Es kommt noch ein fünftes Problem hinzu: Das Europäische Parlament hat keine wirkliche Kontrolle über das, was die Räte und die Kommission tun. Auch das Europäische Parlament, so gering seine Kompetenzen heute sind, verstößt gleichwohl gegen die Regel, die da sagt: Das, was ein Staat zu Hause regeln kann, das soll er auch regeln dürfen. Da soll nicht die übergeordnete Europäische Union in die Salatgurkengröße eingreifen oder in die Bananengröße oder was immer gerade die überflüssigen, ärgerlichen bürokratischen Spielereien sind. Das waren ja eben noch relativ harmlose Beispiele. Weniger harmlos wäre es, wenn die Leute in Brüssel tatsächlich beschlössen, dass die deutschen Sparkassen abgeschafft werden müssen, weil sie kein Eigenkapital haben. Das ist heutzutage aber in Brüssel eine wichtige Frage!

Als Kohl Kanzler war, hat er ein wichtiges Prinzip in die Verträge hineinbugsieren können: das sogenannte „Subsidiaritätsprinzip". Auf deutsch: die Organe der Europäischen Union sollen nur subsidiär, das heißt „hilfsweise", nämlich nur dann eine Entscheidung treffen, wenn diese Entscheidung auf nationaler Ebene in Paris, Rom, Den Haag oder in Helsinki nicht getroffen werden kann. In der Praxis wird aber das Subsidiaritätsprinzip von Montag bis Sonnabend mit Füßen getreten, auch vom Europäischen Parlament.

Es fehlt in den heute gültigen Verträgen an einer klaren Kompetenzabgrenzung zwischen den Organen der Union und den 15 Nationalstaaten. Wenn wir das jetzt nicht hinkriegen und statt dessen aber 12 weitere Länder beitreten, wenn wir versuchen, es danach hinzukriegen, dann wird es kaum noch gelingen. Man darf die Gefahr einer Zerfledderung der Europäischen Union nicht für gering schätzen.

Nun gibt es statt dessen eine Diskussion, ob wir nicht eine Europäische Verfassung brauchen. Ich bin da sehr, sehr skeptisch. Alle die Fragen, die ich bisher genannt habe, die muss man regeln. Was aber in einer Verfassung außerdem noch zu regeln ist, das wird noch mehr Streit auslösen. Stellen Sie sich mal die Reaktion der Engländer vor, die haben noch nie eine geschriebene Verfassung gekannt. Oder stellen Sie sich die Dänen vor oder stellen Sie sich die Österreicher vor, Sie brauchen gar nicht gleich an Haider zu denken. Eine gemeinsame Verfassung für 15 Staaten ist heutzutage ein Wolkenkuckucksheim. Das kann man frühestens dann ernsthaft betreiben, wenn man wirklich glaubt, eine gemeinsame Außenpolitik zu haben oder eine gemeinsame Finanzaußenpolitik oder eine gemeinsame Verteidigungspolitik.

Sie werden erleben, dass die unter Roman Herzogs Vorsitz erarbeitete Europäische Menschenrechtscharta, die eigentlich einer der Grundsteine für eine Verfassung Europas sein sollte, nicht mit vertraglicher Rechtskraft beschlossen werden kann. Man darf sich auch fragen: Würden wir Deutschen zusätzliche Rechte gewinnen, über die Grundrechte unseres Grundgesetzes hinaus, wenn eine Europäische Grundrechte-Charta Gesetz würde? Vielleicht würden einige der Minderheiten im Osten Mitteleuropas etwas gewinnen, wenn eine solche Charta Verfassungsrecht würde. Aber wir haben doch schon eine Europäische Menschenrechtskonvention! Wir haben auch schon einen Gerichtshof!

Man muss bei Jean Monnet und seiner Methode bleiben, einen Schritt nach dem anderen zu tun! Die Deutschen müssen dabei insbesondere von den beiden Lieblingsworten ihrer juristischen Professoren Abschied nehmen. Die kennen nur zwei verschiedene Begriffe für das Zusammenwirken von Staaten, die dasselbe gemeinsam tun wollen:

Entweder es ist ein Staatenbund oder ein Bundesstaat. Sie haben nicht verstanden, und es gibt im Deutschen bisher kein Wort dafür, dass die heutige Europäische Union etwas anderes ist. Ein Aliud, etwas, was es bisher nicht gegeben hat. Mir genügt der Name Europäische Union vollständig! Aber ich sehe, dass Herr Pernice mit dem Kopf nickt, er ist eine löbliche Ausnahme unter den Professoren.

Alle, die von einer Europäischen Verfassung schwärmen oder die ansonsten voller Idealismus über europäische Probleme reden, die muss man immer wieder darauf hinweisen, dass die Europäische Union nicht im Bewusstsein ihrer Bürger den Nationalstaat aushöhlen darf. Der wichtigste Ankergrund für die Menschen in Helsinki, Kopenhagen, Cottbus, Hamburg, Berlin, Mailand oder Lyon, der wichtigste Ankergrund ist der Nationalstaat und das Nationalbewusstsein. Wenn ein Mensch gefragt wird: „Was bist du?“, dann antwortet er nicht: „Ich bin Europäer“, sondern er antwortet: „Ich bin Deutscher, Franzose oder Österreicher.“ Das darf man nicht gefährden durch bürokratisches Hineinregieren oder durch Überstülpen. Wir Europäer müssen lernen, dass wir zugleich unserem Nationalstaat anhängen – man merkt das am deutlichsten bei Fußballspielen – und zugleich Europäer sein wollen. Sein müssen! Zur Selbstidentifikation der Menschen, die in Europa leben, bleibt ihnen aber ihr Nationalstaat der wichtigste Ankergrund.

Auf längere Sicht gesehen, wenn es zu einer Erweiterung der EU kommt, dann müssten – wenn es nach mir ginge – die Polen, die Tschechen und die Ungarn die ersten sein, aus moralischen, aus psychologischen, auch aus geopolitischen Gründen. Aber wahrscheinlich werden wir leider sehr schnell mehr sein als 18 Mitgliedstaaten, weil die Patenteuropäer in Brüssel und anderswo das Sagen haben.

Dann jedoch wird auf längere Sicht die Herausbildung eines engeren Kerns wahrscheinlich unausweichlich werden. Zu diesem engeren Kern, so würde ich vermuten, werden dann nicht nur Frankreich und Deutschland gehören, sondern jedenfalls wohl auch die anderen vier Gründerstaaten Italien, Holland, Belgien, Luxemburg. Natürlich muss dieser Kern offen sein für zusätzliche Mitglieder. Die heute geltenden Verträge sehen übrigens durchaus vor, dass es eine engere Zu-

sammenarbeit, noch enger als in der Europäischen Union, zwischen einzelnen ihrer Mitgliedstaaten geben soll oder geben darf. Das muss dann ein erweiterungsfähiger Kern sein, anfangs wohl bestehend aus den 6 Gründungsstaaten. Darum herum die Europäische Union mit heute 15, vielleicht später mit weit mehr als 20 Mitgliedern.

Außerdem wird es einige der EU assoziierte Staaten geben, die zwar gerne Vollmitglieder werden würden, die wir aber nicht aufnehmen können. Jemand, der zum Beispiel die Türkei zu einem Vollmitglied der Europäischen Union machte, der müsste in Zukunft eine gemeinsame Außenpolitik gegenüber Georgien, Irak, Iran, Syrien, Armenien bis hin nach Zentralasien betreiben; natürlich ist die Türkei, egal ob sie es wünscht oder nicht, in jedem zukünftigen Konflikt im Mittleren Osten indirekt oder direkt Partei. Es gibt auch andere Gründe, die ich heute Abend beiseite lasse, die gegen eine türkische Vollmitgliedschaft in der EU sprechen. Auch die Idee, die man manchmal hört, nämlich beispielsweise Weißrußland oder gar die Ukraine als Vollmitglied in die Europäische Union aufzunehmen, die würde ich ins 22. Jahrhundert vertagen. Weit weg!

Manchmal steckt Idealismus hinter solchen Ideen, manchmal auch Größenwahn. Was die Propagierung der Aufnahme der Türkei angeht, dahinter steckt amerikanischer Größenwahn. Es hat einmal Anfang der 60er Jahre – damals stand der gemeinsame Markt aufgrund der Römischen Verträge gerade eben erst im Beginn – eine Erklärung der damaligen 6 EWG-Staaten gegeben, dass die Türkei dem gemeinsamen Markt beitreten könne. Das ist ja auch durchaus nicht abzulehnen. Warum sollen sie nicht aufgrund einer Assoziation am gemeinsamen Markt teilnehmen? Aber sie der heutigen politischen Union als Mitglied hinzuzufügen, das würde die EU wirklich in mancherlei Krisenfällen bewegungsunfähig machen.

Nun zu meinem letzten Punkt. Es gibt einen Irrtum, der insbesondere in Deutschland verbreitet ist, als ob es sich bei diesem Europa der 15 im Wesentlichen um ein christliches Europa handele. Das kann für den Vatikan oder auf den ersten Blick für einen Historiker vielleicht auch so erscheinen. Wenn er aber etwas genauer hinguckt, da wird er feststellen, dass die politische Kultur dieser 15 Nationen nicht christ-

lich begründet ist, sondern dass die gemeinsame Kultur der Demokratie begründet ist in der europäischen Aufklärung, ebenso der europäische Rechtsstaat, den wir alle genießen von Portugal bis Finnland. Das Christentum sagt: Du sollst! Zehn Gebote achten, nicht etwa zehn Rechte! Übrigens ist das genauso im Islam und im Judentum. Noch im Beginn der Neuzeit durfte der Landesvater seinen Untertanen ihr religiöses Bekenntnis vorschreiben! Das Schwergewicht bei den gleichen Rechten jeder einzelnen Personen zu sehen und von dieser Notwendigkeit überzeugt zu sein, das ist eine Errungenschaft erst der letzten Jahrhunderte. Es fing an im späten 17. Jahrhundert, ein bisschen früher vielleicht in England, dann kamen die amerikanische Revolution und die Französische Revolution, später 1848 die Paulskirche. Auch in Deutschland hat sich die Entfaltung langsam, aber sicher durchgesetzt – mit der schlimmen Unterbrechung durch die Nazizeit.

Die gemeinsame Kultur der Europäer besteht nicht nur in der gemeinsamen Musik, in der gemeinsamen Literatur, in der gemeinsamen Philosophie und im gemeinsamen christlichen Erbe, sondern sie besteht insbesondere in der gemeinsamen politischen Kultur der Demokratie, des Rechtsstaates, in der gemeinsamen Kultur des Wirtschaftens; sie besteht zum Beispiel auch in der gemeinsamen gesellschaftlichen Kultur, dass Arbeitnehmer sich zusammenschließen dürfen zu Gewerkschaften und dass sie als Gewerkschaft Macht ausüben. All das ist für die Russen völliges Neuland, das müssen sie alles jetzt erst lernen. Die Chinesen lernen einiges offenbar ein bisschen schneller als die Russen – und manch anderer muss es offenbar auch erst lernen.

Der Begriff der Kultur reicht sehr viel weiter als nur bis zur Religion, das möchte ich betonen. Im Sinne dieses weiten Kulturbegriffes, der das Recht einschließt, der das Wirtschaften einschließt, der die politische Kultur einschließt, haben die bisherigen 15 Mitgliedstaaten der EU in der Tat einen großen Fundus an Gemeinsamkeit. Er ist ihnen nicht sonderlich bewusst. Für einen Chinesen hingegen ist diese gemeineuropäische Kultur klar erkennbar, sie ist auch für den Japaner erkennbar, auch für einen Afrikaner aus Nigeria oder aus Sierra Leone, für einen Südamerikaner aus Venezuela oder aus Brasilien. Wir Europäer selbst sind uns dessen nicht so recht bewusst. Aber wir

sollten uns des großen, uns Europäern gemeinsamen zivilisatorischen Bestandes bewusst werden!

Dabei wäre es allerdings wünschenswert, wenn wir von unseren Professoren, von unseren Literaten, unseren Politikern, von unseren Journalisten, unseren Bischöfen und Kardinälen, von unseren Pastoren und Priestern hören würden, dass wir uns innerlich selbst dazu erziehen müssen, die Kulturen fremder Völker anzuerkennen und zu respektieren.

Ich bin jetzt beinahe 82 Jahre alt, mir hat bisher aber kein deutscher Bischof erklärt, was ich inzwischen auf andere Weise gelernt habe, dass dieselben Propheten, die im Alten Testament vorkommen, alle auch im Koran vorkommen; dass Jesus von Nazareth im Koran hinter Mohammed der zweitwichtigste Prophet ist; dass alle drei monotheistischen Religionen – Christentum, Judentum und Islam – , dass sie alle drei glauben, dass Moses auf dem Berg auf dem Sinai die Gesetzestafeln überreicht bekommen hat; dass alle drei glauben, dass sie auf Abraham zurückgehen.

Kaum einer hat jemals seinen Gläubigen diese gemeinsamen Wurzeln erklärt, aber fast jeder hat Feindschaft gepredigt gegenüber den Angehörigen der anderen Religionen. Wir werden nicht nur lernen müssen, dass erstens der Nationalstaat für uns legitim und lebenswichtig bleibt, dass wir zweitens aber zusätzlich den europäischen Zusammenschluss brauchen. Wir müssen drittens lernen, dass die EU nicht über die Grenzen der gemeinsamen europäischen Kultur hinausreichen kann, dass wir aber viertens gleichwohl Respekt haben müssen gegenüber dem Islam, gegenüber dem Buddhismus, gegenüber dem Hinduismus und – bitte sehr! – auch gegenüber dem Konfuzianismus; denn wenn Sie genau hingucken nach China, dann ist es heute stärker geprägt vom Konfuzianismus als vom Marxismus.

An dieser Stelle breche ich ab.
Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Horst Teltschik

Replik

Meine Damen und Herren,

in einem Punkt ist sich Helmut Schmidt treu geblieben. Er hat bewiesen, dass er zu den wenigen Politikern in Deutschland gehört, die global und interdisziplinär denken. Dies ist in seinem Vortrag mehr als deutlich geworden. Es war ein informativer Vortrag, wie immer klar, präzise und verständlich.

In einem Punkt ist er sich nicht ganz treu geblieben. Seine kritischen Anmerkungen waren zu freundlich. Ich vermute, dass ich von ihm für die Moderation vorgeschlagen worden bin, weil er weiß, dass wir uns eigentlich kaum widersprechen. Als ich ins Bundeskanzleramt kam und die außenpolitische Abteilung übernahm, lud mich Helmut Schmidt nach wenigen Wochen in sein Büro im Bundestag zu einem langen, ausführlichen Gespräch ein, zu einem politischen „tour d'horizon". Wir sprachen über alle internationalen Akteure. Ich erfuhr damals, wen Helmut Schmidt schätzt und wen er weniger schätzte. Das war für mich sehr hilfreich.

Sie werden jetzt von mir keine Zusammenfassung seiner Ausführungen erwarten. Sie waren viel zu klar und verständlich. Ich möchte vielmehr ein paar Punkte anfügen.

Es wird immer wieder die Frage diskutiert, ob und in welchem Umfang einzelne Politiker geschichtliche Abläufe bestimmt haben. Ich glaube, dass der Prozess der Europäischen Einigung diese Frage sehr eindeutig beantworten kann. Viele heute Abend genannten Namen machen deutlich, dass nach dem Krieg wichtige Einzelpersönlichkeiten wie z.B. Jean Monnet, Robert Schuman, Winston Churchill Visionen hatten, wie das Nachkriegseuropa gestaltet werden sollte. Helmut Schmidt hat darauf hingewiesen, wie unter Adenauer und de

Gaulle die deutsch-französische Zusammenarbeit intensiviert wurde. Dann war es wieder ein Paar, das Europa entscheidend geprägt hat, nämlich Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing. Denken Sie an die Gründung des europäischen Währungssystems, an die Direktwahl des Europäischen Parlaments oder die Institutionalisierung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs. Alles entscheidende Fortschritte, die auf die gemeinsame Initiative von Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing zurückgingen. Denken Sie auch an Helmut Kohl und Präsident Mitterand. Einen dritten sollte man hinzufügen: Jacques Delors, den EU-Kommissionspräsidenten – gemeinsam haben sie entscheidende Fortschritte in der Integration durchgesetzt. Ich erinnere an die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, an den Binnenmarkt, an die Einführung des Euro oder an die Entscheidungen in Richtung einer politischen Union mit dem Vertrag von Amsterdam.

Das waren alles überzeugte Europäer, die sich dadurch auszeichneten, dass sie klare Ziele besaßen und den Mut hatten, Entscheidungen zu treffen. Sie setzten jeweils zeitliche Fristen und waren vor allem Überzeugungstäter in der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, warum kommt es sosehr auf die deutsch-französische Zusammenarbeit an? Helmut Schmidt hat es ja immer wieder unterstrichen, er hat sie selbst gelebt und predigt sie bis heute. Nach aller Erfahrung gibt es in der europäischen Integration nur Fortschritte, wenn Deutschland und Frankreich sich einigen. Das lehrt ganz einfach die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft. Wenn Deutschland und Frankreich sich einig sind, ist die Erfahrung die, dass sich Italien sofort anschließt und in der Regel auch die Beneluxstaaten, seit seinem Beitritt übrigens auch Spanien. Das heißt, Sie haben heute den Konsens zwischen sieben EU-Ländern, gewissermaßen der harte Kern der europäischen Integration. Das könnte auch die Avantgarde sein, auf die Helmut Schmidt hingewiesen hat.

Es gibt noch andere Gründe, warum die deutsch-französische Zusammenarbeit so wichtig ist. Der französische Professor und Poli-

tikwissenschaftler Joseph Rovan, der in Dachau im KZ saß, hat sich einmal die Mühe gemacht zu zählen, wie viele große Kriege zwischen Frankreich und Deutschland stattgefunden haben. Seit Karl V. im 16. Jahrhundert haben wir 27 große Kriege miteinander geführt. Ich habe immer gesagt: „that is good enough."

In der Zeit, in der ich im Bundeskanzleramt tätig war, galt die deutsch-französische Zusammenarbeit für mich fast als eine Gesetzmäßigkeit: Wenn wir in der gesamten Union nicht vorankommen, dann versuchen wir es doch zu zweit, Deutschland und Frankreich, vielleicht sogar in einer Zweierunion. Wir haben nie darüber gesprochen, aber in diese Richtung gearbeitet. Mitterand hat einmal in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler Kohl gesagt, „Helmut, wenn Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten sind wir stärker als ...". Er hat den Satz nicht zu Ende geführt. Sie können jetzt darüber nachdenken, wen er damit gemeint hat.

Aber wir haben beispielsweise bilateral einen Verteidigungsrat gegründet. Wir haben eine gemeinsame, integrierte Brigade begründet. Unsere eigenen Militärs haben darüber gelacht. Heute haben wir integrierte, europäische Korps. Ohne diesen kleinen Schritt einer deutsch-französischen Brigade hätten wir kein integriertes Korps. Meine Damen und Herren, ich halte es für eine historische Sensation, dass wir heute ein integriertes Korps mit den Niederländern haben, wenn Sie an die deutsch-niederländische Geschichte denken. Dass die Polen in ein Korps mit uns Deutschen integriert sind, ist ebenso bemerkenswert. Was stabilisiert den Frieden mehr als eine solche Entwicklung?

Meine Damen und Herren, wir haben bilateral mit Frankreich einen Wirtschafts- und Währungsrat gegründet. Er war gewissermaßen der Nukleus der Wirtschafts- und Währungsunion. Heute stellt sich allerdings die Frage, ob wir derzeit und in den nächsten Jahren, wo wir ganz entscheidende Fortschritte erreichen müssen, vergleichbare Persönlichkeiten haben. Wird es eine deutsch-französische Zusammenarbeit in vergleichbarer Intensität geben wie zwischen Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt oder zwischen Helmut Kohl und François Mitterand?

Wenn Außenminister Fischer hier in dieser Aula davon gesprochen hat: „Wir brauchen eine »Avantgarde«“ und Chirac im Reichstag geantwortet hat: „Wir brauchen eine »Pioniergruppe«“, dann erinnere ich beide Seiten, diese »Avantgarde« waren immer Frankreich und Deutschland. Sie waren immer der Motor der Einigung. Warum braucht man eine Avantgarde, wenn man immer eine hatte? Deutschland und Frankreich waren und bleiben der Motor, darüber sollte man wenig reden sondern danach handeln. Die acht Jahre, die ich europäische Politik mitgestaltet habe, haben mir gezeigt, dass es natürlich bei den anderen europäischen Mitgliedstaaten immer die Sorge gab, wenn die Deutschen und Franzosen sich verabredet haben, dass sie dominieren und die anderen gewissermaßen zum Konsens zwingen. Diese Sorge war eigentlich nie berechtigt, weil wir immer alle Mitgliedstaaten im Auge behielten. Wir haben aber auch umgekehrt die Erfahrung gemacht, wenn der Eindruck entstand, Deutschland und Frankreich stimmen sich nicht ab, sie kommen zu keinem Konsens, dann waren die anderen europäischen Partner erst recht beunruhigt. Sie waren in jedem Fall beunruhigt. Von daher gibt es keine Alternative zur deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, die europäische Integration – und Helmut Schmidt hat auf die Methode von Jean Monnet hingewiesen – erfordert, dass es immer vorangehen muss, pragmatisch, auch wenn es nur kleine, gemeinsame Schritte sind, oft ein Kompromiss auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Zu meiner Zeit mussten der griechische Ministerpräsident Papandreou und Margret Thatcher auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, was nicht so leicht war; ebenso wenig wie Helmut Kohl und Maggie Thatcher.

Kompromisse sind unverzichtbar; meine These lautet daher: Entscheidend ist, dass mit Hilfe von Kompromissen der Zug weiter voranfährt. Es ist in der Tat nicht fair, wie es Helmut Schmidt bereits gesagt hat, von faulen Kompromissen zu sprechen, denn ein Kompromiss bedeutet ja in sich, dass man nicht voll zufrieden ist. Aber europäische Politik besteht darin, nach einem Kompromiss den nächsten Schritt vorzubereiten für den nächsten Gipfel. Und wenn man sich nur Millimeter vorwärts bewegt, man bewegt sich doch in die richtige Richtung. Stillstand bedeutet Rückschritt. Viele bezeichnen

diesen Prozess mit Muddling-through, manche verkürzen den Prozess und beschränken sich aufs Muddling.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, wo ich etwas anderer Meinung bin als Helmut Schmidt. Wohin bewegt sich denn der Zug, welchem Ziel strebt er zu?

Fischer hat hier am gleichen Ort von der Finalität des europäischen Prozesses und davon gesprochen, dass man darüber diskutieren müsse, wo dieser Zug einmünden soll, in welches Ziel. Er hat das als Privatmann getan. Es ist mir neu, dass ein Außenminister seine Funktion so von seiner Person trennen kann. Ich fand es überraschend, denn wenn er von dieser Politik überzeugt ist, warum macht er sie nicht zu seiner offiziellen Politik? Und wenn der Bundeskanzler sagt, es sei eine gute Rede gewesen, warum macht er den Inhalt dieser Rede nicht zu seiner Politik?

Der französische Außenminister und frühere Partner von mir, Hubert Védrine erklärt: „Das seien in der Tat gute Überlegungen, gute Aussagen von seinem Kollegen Fischer.“ Ja, warum macht man sie dann nicht zur gemeinsamen deutsch-französischen Politik? Mich erinnert diese Diskussion etwas an eine Aussage eines russischen Freundes, den ich mal fragte, als ich in Moskau ankam, wie es so in Russland gehe? Er sagte: „Horst, wir gehen einen Weg, von dem wir nicht wissen, wohin er führt, aber wir gehen ihn bis ans Ende.“ Ja, der Weg ist gewissermaßen das Ziel.

Meine Damen und Herren, warum ich die Finalität des europäischen Integrationsprozesses nicht aus dem Auge verlieren möchte, liegt daran, dass wir früher die Finalität in der Politik durchaus festgelegt hatten, zumindest in der CDU/ CSU: Sie hat immer von den Vereinigten Staaten von Europa gesprochen. Das muss nicht die Kopie der USA sein. Es hat auch nie Widerspruch in der Bevölkerung gegeben. Helmut Kohl hat dieses Ziel eines Tages aus unerfindlichen Gründen aufgegeben. Was ich kritisiere, ist, dass er keine Alternative dazu genannt hat. Man kann natürlich als Alternative sagen, die Europäische Union ist das Ziel, wie auch immer man sie definiert. Das wäre eine Aussage. Diese Aussage gibt es zur Stunde nur von Helmut Schmidt.

Delors hat dieser Tage in der deutschen Presse vorgeschlagen, eine Föderation zu bilden. Diese Diskussion ist also im Gange und man kann sich durchaus Modelle vorstellen – denken Sie mal an die Schweiz, natürlich ist die Schweiz ein kleines Land, aber die Schweiz lebt auch mit drei Sprachen sehr gut.

Warum ich dieses Thema anspreche, liegt an folgendem: Wenn wir das Ziel offen lassen und es der Geschichte überlassen, dann hat das einen Nachteil. Die Bürger erleben gleichzeitig, dass im Rahmen der europäischen Einigung tiefe Eingriffe in die nationale Souveränität erfolgen. Während Helmut Schmidt sagt, „den Nationalstaat darf man nicht aushöhlen“, erlebt der Bürger, dass wir im gleichen Augenblick mit dem Euro praktisch die nationale Souveränität über die Geldpolitik aufgeben mit Auswirkungen auf die Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik; dass wir gleichzeitig dabei sind, eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzuführen und damit auch auf nationale Souveränität verzichten. Wir haben sie bereits im Außenhandel aufgegeben und in Tampere ist ein Gesetzgebungsprogramm zur Schaffung eines europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beschlossen worden. Das alles sind, Schritt für Schritt, substantielle Einschnitte in die nationale Souveränität. Es grenzt an Heuchelei, wenn man nicht offen darüber redet, dass das Einschnitte sind. Wir geben nationale Souveränität auf zugunsten einer supranationalen Institution, die weder hinreichend transparent noch hinreichend demokratisch legitimiert ist. Das kann den Bürger nicht zufrieden stellen. Ich frage mich, ob wir nicht auch ein gewisses Maß an Finalität brauchen als Vision, als ein Ziel, um Bürger zu motivieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, die EU- Erweiterung. Ich halte die Erweiterung für eine historische Chance. Je länger wir sie hinauszögern, desto größer ist die Gefahr, dass wir diese historische Chance gefährden. Wir haben sie zehn Jahre hinausgezögert, obwohl die Westeuropäer die östlichen Nachbarstaaten aufgefordert haben beizutreten. Jetzt spricht man als Beitrittstermin von 2003, 2005 oder später. Das wären dann 15 Jahre. Wenn Sie sich die Umfragen in Estland, Polen oder Ungarn ansehen, so bemerken Sie, wie die Zustimmung zur europäischen Mit-

gliedschaft in der Bevölkerung schwindet. Das Vertrauen in die Westeuropäer schwindet. Ich halte das für sehr bedauerlich. So wichtig es ist, was Helmut Schmidt sagt, dass die EU durch Strukturreformen erweiterungsfähig werden muss, so besteht jedoch die Gefahr, dass mancher die Strukturreformen hinauszögert, um die Erweiterung zu verschleppen. Das wäre aus meiner Sicht ein großer historischer Fehler.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es Schwierigkeiten z.B. beim Agrarmarkt und in der Frage der Freizügigkeit. Aber die Erfahrung zeigt schon jetzt bei den laufenden Verhandlungen, dass auch die Beitrittskandidaten realistischer werden. Im Falle von Polen hieß es immer, 30 Prozent der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, im Laufe der Verhandlungen sind die Polen selbst auf sieben Prozent zurückgegangen. Warum? Weil sie gemerkt haben, dass es nicht möglich sein wird, dass jeder Pole, der eine Kuh oder ein Schwein zu Hause hat, Mittel von der EU bekommen kann. Also hat der Realitätssinn zugenommen. Die Erfahrung zeigte auch beim Beitritt Portugals und Spaniens, dass wir nicht von Portugiesen und Spaniern überflutet worden sind. Sie sind im Gegenteil zuhause geblieben, es sind weniger gekommen, weil sie nach dem EG-Beitritt plötzlich eine neue Perspektive auch zu Hause sahen.

Im übrigen gab es Übergangsregelungen. Man kann z.B. im Bereich der Freizügigkeit, der Agrarpolitik Übergangsregelungen von 5 – 15 Jahren treffen. Die Erfahrung in Spanien und Portugal zeigt, dass nach dem Beitritt diese Übergangsfristen verkürzt werden konnten, weil das Beitrittsland sich schneller angepasst hat.

Meine Damen und Herren, wir Deutschen würden von der Osterweiterung vor allem profitieren, auch im Export. Allein beim Beitritt Spaniens haben wir erlebt, dass innerhalb eines Jahres die deutschen Exporte sich verdoppelt haben. Wenn Sie sich heute die Zahlen mit Polen ansehen und mit anderen östlichen Nachbarn, dann zeigen sie, dass die deutsche Wirtschaft am meisten profitiert. Im übrigen meine Damen und Herren, wir haben damals Spanien und Portugal nicht aus ökonomischen Gründen in die damalige EG geholt. Ziel war, durch die Mitgliedschaft dieser Staaten, die politische Demokratie zu

stabilisieren. Beide Länder waren auf dem Weg von einer Diktatur zur Demokratie. Entscheidend war, durch die Mitgliedschaft diesen Prozess zu stabilisieren. Vor der vergleichbaren Entscheidung stehen wir heute bei unseren östlichen Nachbarn. Wir müssen den Reformprozess durch die Mitgliedschaft stabilisieren, das ökonomische Argument kommt aus meiner Sicht erst an zweiter Stelle.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir dürfen Europa nicht auf die EU und die Erweiterung reduzieren. Helmut Schmidt sagt natürlich zu Recht, wohin wollen wir noch erweitern? Wollen wir eines Tages die Ukraine, Weißrussland oder Russland in die EU holen? Wenn wir das nicht wollen und es auf 2200 vertagen, dann müssen wir aber heute diesen östlichen Nachbarn auch eine Perspektive aufzeigen.

Gorbatschow hat auf dem KSZE-Gipfel im November 1990 nach der Wiedervereinigung und nach Ende des Ost-West-Konfliktes gesagt: „Wir haben jetzt die Aufgabe, von der Diktatur zur Demokratie zu gehen und von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft."

Meine Damen und Herren, das ist eine Perspektive, die dieser Kontinent vom Atlantik bis zum Pazifik in seiner Geschichte noch nie hatte. Eine Perspektive, die Realität werden könnte. Übrigens ist der Demokratisierungsprozess in Russland viel weiter gegangen als in China. Wir übersehen diese politische Entwicklung, weil wir die ökonomischen Schwierigkeiten immer in den Vordergrund stellen. Aber wenn dieser Kontinent in diese Richtung ginge, Demokratie und Marktwirtschaft zu verwirklichen, was könnte den Frieden und die Sicherheit unseres Kontinents mehr stabilisieren? Deshalb muss man weiterarbeiten an der Integration der EU, an der Erweiterung der EU und an einer gesamten europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung.

Vielen Dank

Helmut Schmidt

Jahrgang 1918, war von 1974 bis 1982 Bundeskanzler. Er unterzeichnete 1975 für die Bundesrepublik Deutschland die Schlussakte von Helsinki, die den KSZE-Prozess einleitete und zum Ende der ideologischen Spaltung Europas und der Welt führte. Zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing war er der Schmied des Europäischen Währungssystems, und mit seinem Engagement für eine starke Europäische Zentralbank bereitete er den Weg für die Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung. Seit 1993 ist er Vorsitzender der von ihm und einer Reihe seiner Freunde gegründeten Deutschen Nationalstiftung.

Dr. Horst Teltschik

Jahrgang 1940, war von 1982/83 bis 1990 Abteilungsleiter für Außenpolitik und stellvertretender Chef des Bundeskanzleramtes. In diesen Jahren begleitete und gestaltete er die deutsche Außen- und Europapolitik. Seit 1993 ist er Vorstandsmitglied der BMW-Group, Vorstandsvorsitzender der Quandt-Stiftung und jetzt Beauftragter des BMW-Vorstands für Zentral- und Osteuropa, Asien und den Mittleren Osten.

Prof. Dr. Ingolf Pernice

Jahrgang 1950, ist geschäftsführender Direktor des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin.

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

1 *Volker Gerhardt:* **Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität**

2 *Hasso Hofmann:* **Die versprochene Menschenwürde**

3 *Heinrich August Winkler:* **Von Weimar zu Hitler**
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie

4 *Michael Borgolte:* **„Totale Geschichte“ des Mittelalters?**
Das Beispiel der Stiftungen

5 *Wilfried Nippel:* **Max Weber und die Althistorie seiner Zeit**

6 *Heinz Schilling:* **Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin – ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich**

7 *Hartmut Harnisch:* **Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914**

8 *Fritz Jost:* **Selbststeuerung des Justizsystems durch richterliche Ordnungen**

9 *Erwin J. Haeberle:* **Berlin und die internationale Sexualwissenschaft**
Magnus Hirschfeld-Kolloquium, Einführungsvortrag

10 *Herbert Schnädelbach:* **Hegels Lehre von der Wahrheit**

11 *Felix Herzog:* **Über die Grenzen der Wirksamkeit des Strafrechts**
Eine Hommage an Wilhelm von Humboldt

12 *Hans-Peter Müller:* **Soziale Differenzierung und Individualität**
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose

13 *Thomas Raiser:* **Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig der Rechtswissenschaft**

14 *Ludolf Herbst:* **Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?**
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik

15 *Gert-Joachim Glaeßner:* **Demokratie nach dem Ende des Kommunismus**

16 *Arndt Sorge:* **Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen in Ostdeutschland**

17 *Achim Leube:* **Semnonen, Burgunden, Alamannen**
Archäologische Beiträge zur germanischen Frühgeschichte
des 1. bis 5. Jahrhunderts

18 *Klaus-Peter Johne:* **Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat**
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel der Forschung

19 *Volker Gerhardt*: **Die Politik und das Leben**

20 *Clemens Wurm:* **Großbritannien, Frankreich und**
die westeuropäische Integration

21 *Jürgen Kunze:* **Verbfeldstrukturen**

22 *Winfried Schich:* **Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter:**
Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen

23 *Herfried Münkler:* **Zivilgesellschaft und Bürgertugend**
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen
einer sozio-moralischen Fundierung?

24 *Hildegard Maria Nickel:* **Geschlechterverhältnis in der Wende**
Individualisierung versus Solidarisierung?

25 *Christine Windbichler:* **Arbeitsrechtler und andere Laien**
in der Baugrube des Gesellschaftsrechts
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung

26 *Ludmila Thomas:* **Rußland im Jahre 1900**
Die Gesellschaft vor der Revolution

27 *Wolfgang Reisig:* **Verteiltes Rechnen: Im wesentlichen**
das Herkömmliche oder etwas grundlegend Neues?

28 *Ernst Osterkamp:* **Die Seele des historischen Subjekts**
Historische Portraitkunst in Friedrich Schillers „Geschichte des Abfalls
der vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung“

29 *Rüdiger Steinlein:* **Märchen als poetische Erziehungsform**
Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen „Kinder-und Hausmärchen“

30 *Hartmut Boockmann:* **Bürgerkirchen im späteren Mittelalter**

31 *Michael Kloepfer:* **Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung**
aus Vergangenheitserfahrung
Zur Verfassungsgebung im vereinten Deutschland

32 *Dietrich Benner:* **Über die Aufgaben der Pädagogik**
nach dem Ende der DDR

33 *Heinz-Elmar Tenorth:* **„Reformpädagogik“**
Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen

34 *Jürgen K. Schriewer:* **Welt-System und Interrelations-Gefüge**
Die Internationalisierung der Pädagogik als Problem
Vergleichender Erziehungswissenschaft

35 *Friedrich Maier:* **„Das Staatsschiff“ auf der Fahrt von Griechenland über Rom nach Europa**
Zu einer Metapher als Bildungsgegenstand in Text und Bild

36 *Michael Daxner:* **Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt**

37 *Konrad H. Jarausch:* **Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime**

38 *Detlef Krauß:* **Schuld im Strafrecht**
Zurechnung der Tat oder Abrechnung mit dem Täter?

39 *Herbert Kitschelt:* **Rationale Verfassungswahl?**
Zum Design von Regierungssystemen in neuen Konkurrenzdemokratien

40 *Werner Röcke:* **Liebe und Melancholie**
Formen sozialer Kommunikation in der ‘Historie von Florio und Blanscheflur’

41 *Hubert Markl:* **Wohin geht die Biologie?**

42 *Hans Bertram:* **Die Stadt, das Individuum und das Verschwinden der Familie**

43 *Dieter Segert:* **Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert**

44 *Klaus R. Scherpe:* **Beschreiben, nicht Erzählen!**
Beispiele zu einer ästhetischen Opposition: Von Döblin und Musil bis zu Darstellungen des Holocaust

45 *Bernd Wegener:* **Soziale Gerechtigkeitsforschung: Normativ oder deskriptiv?**

46 *Horst Wenzel*: **Hören und Sehen – Schrift und Bild**
Zur mittelalterlichen Vorgeschichte audiovisueller Medien

47 *Hans-Peter Schwintowski:* **Verteilungsdefizite durch Recht auf globalisierten Märkten**
Grundstrukturen einer Nutzentheorie des Rechts

48 *Helmut Wiesenthal:* **Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation**

49 *Rainer Dietrich:* **Wahrscheinlich regelhaft. Gedanken zur Natur der inneren Sprachverarbeitung**

50 *Bernd Henningsen:* **Der Norden: Eine Erfindung**
Das europäische Projekt einer regionalen Identität

51 *Michael C. Burda:* **Ist das Maß halb leer, halb voll oder einfach voll?**
Die volkswirtschaftlichen Perspektiven der neuen Bundesländer

52 *Volker Neumann:* **Menschenwürde und Existenzminimum**

53 *Wolfgang Iser:* **Das Großbritannien-Zentrum in kulturwissenschaftlicher Sicht**
Vortrag anläßlich der Eröffnung des Großbritannien-Zentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin

54 *Ulrich Battis:* **Demokratie als Bauherrin**

55 *Johannes Hager:* **Grundrechte im Privatrecht**

56 *Johannes Christes:* **Cicero und der römische Humanismus**

57 *Wolfgang Hardtwig:* **Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung – Frühformen des Nationalismus in Deutschland 1500 – 1840**

58 *Elard Klewitz:* **Sachunterricht zwischen Wissenschaftsorientierung und Kindbezug**

59 *Renate Valtin:* **Die Welt mit den Augen der Kinder betrachten**
Der Beitrag der Entwicklungstheorie Piagets zur Grundschulpädagogik

60 *Gerhard Werle:* **Ohne Wahrheit keine Versöhnung!**
Der südafrikanische Rechtsstaat und die Apartheid-Vergangenheit

61 *Bernhard Schlink:* **Rechtsstaat und revolutionäre Gerechtigkeit. Vergangenheit als Zumutung?** (Zwei Vorlesungen)

62 *Wiltrud Gieseke:* **Erfahrungen als behindernde und fördernde Momente im Lernprozeß Erwachsener**

63 *Alexander Demandt:* **Ranke unter den Weltweisen;**
Wolfgang Hardtwig: **Die Geschichtserfahrung der Moderne und die Ästhetisierung der Geschichtsschreibung: Leopold von Ranke**
(Zwei Vorträge anläßlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages Leopold von Rankes)

64 *Axel Flessner:* **Deutsche Juristenausbildung**
Die kleine Reform und die europäische Perspektive

65 *Peter Brockmeier:* ***Seul dans mon lit glacé*** **– Samuel Becketts Erzählungen vom Unbehagen in der Kultur**

66 *Hartmut Böhme:* **Das Licht als Medium der Kunst.** Über Erfahrungsarmut und ästhetisches Gegenlicht in der technischen Zivilisation

67 *Sieglind Ellger-Rüttgardt:* **Berliner Rehabilitationspädagogik: Eine pädagogische Disziplin auf der Suche nach neuer Identität**

68 *Christoph G. Paulus:* **Rechtsgeschichtliche und rechtsvergleichende Betrachtungen im Zusammenhang mit der Beweisvereitelung**

69 *Eberhard Schwark:* **Wirtschaftsordnung und Sozialstaatsprinzip**

70 *Rosemarie Will:* **Eigentumstransformation unter dem Grundgesetz**

71 *Achim Leschinsky:* **Freie Schulwahl und staatliche Steuerung**
Neue Regelungen des Übergangs an weiterführende Schulen

72 *Harry Dettenborn:* **Hang und Zwang zur sozialkognitiven Komplexitätsreduzierung: Ein Aspekt moralischer Urteilsprozesse bei Kindern und Jugendlichen**

73 *Inge Frohburg:* **Blickrichtung Psychotherapie: Potenzen – Realitäten – Folgerungen**

74 *Johann Adrian:* **Patentrecht im Spannungsfeld von Innovationsschutz und Allgemeininteresse**

75 *Monika Doherty:* **Verständigung trotz allem. Probleme aus und mit der Wissenschaft vom Übersetzen**

76 *Jürgen van Buer:* **Pädagogische Freiheit, pädagogische Freiräume und berufliche Situation von Lehrern an Wirtschaftsschulen in den neuen Bundesländern**

77 *Flora Veit-Wild:* **Karneval und Kakerlaken**
Postkolonialismus in der afrikanischen Literatur

78 *Jürgen Diederich:* **Was lernt man, wenn man nicht lernt? Etwas Didaktik „jenseits von Gut und Böse“ (Nietzsche)**

79 *Wolf Krötke:* **Was ist ‘wirklich’?**
Der notwendige Beitrag der Theologie zum Wirklichkeitsverständnis unserer Zeit

80 *Matthias Jerusalem:* **Die Entwicklung von Selbstkonzepten und ihre Bedeutung für Motivationsprozesse im Lern- und Leistungsbereich**

81 *Dieter Klein:* **Globalisierung und Fragen an die Sozialwissenschaften: Richtungsbestimmter Handlungszwang oder Anstoß zu einschneidendem Wandel ?**

82 *Barbara Kunzmann-Müller:* **Typologisch relevante Variation in der Slavia**

83 *Michael Parmentier:* **Sehen Sehen.** Ein bildungstheoretischer Versuch über Chardins 'L'enfant au toton'

84 *Engelbert Plassmann:* **Bibliotheksgeschichte und Verfassungsgeschichte**

85 *Ruth Tesmar:* **Das dritte Auge.** Imagination und Einsicht

86 *Ortfried Schäffter:* **Perspektiven erwachsenenpädagogischer Organisationsforschung**

87 *Kurt-Victor Selge; Reimer Hansen; Christof Gestrich:* **Philipp Melanchthon 1497 – 1997**

88 *Karla Horstmann-Hegel:* **Integrativer Sachunterricht – Möglichkeiten und Grenzen**

89 *Karin Hirdina:* **Belichten. Beleuchten. Erhellen.** Licht in den zwanziger Jahren

90 *Marion Bergk:* **Schreibinteraktionen: Verändertes Sprachlernen in der Grundschule**

91 *Christina von Braun:* **Architektur der Denkräume**
James E. Young: **Daniel Libeskind's Jewish Museum in Berlin: The Uncanny Art of Memorial Architecture**
Daniel Libeskind: **Beyond the Wall**
Vorträge anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Daniel Libeskind

92 *Christina von Braun:* **Warum Gender-Studies?**

93 *Ernst Vogt, Axel Horstmann:* **August Boeckh (1785 – 1867). Leben und Werk** Zwei Vorträge

94 *Engelbert Plassmann:* **Eine „Reichsbibliothek"?**

95 *Renate Reschke:* **Die Asymmetrie des Ästhetischen** Asymmetrie als Denkfigur historisch-ästhetischer Dimension

96 *Günter de Bruyn:* **Altersbetrachtungen über den alten Fontane**
Festvortrag anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde

97 *Detlef Krauß:* **Gift im Strafrecht**

98 *Wolfgang Thierse, Renate Reschke, Achim Trebeß, Claudia Salchow:*
Das Wolfgang-Heise-Archiv. Plädoyers für seine Zukunft. Vorträge

99 *Elke Lehnert, Annette Vogt, Ulla Ruschhaupt, Marianne Kriszio:*
Frauen an der Humboldt-Universität 1908 – 1998
Vier Vorträge

100 *Bernhard Schlink:* **Evaluierte Freiheit?**
Zu den Bemühungen um eine Verbesserung der wissenschaftlichen Lehre

101 *Heinz Ohme:* **Das Kosovo und die Serbische Orthodoxe Kirche**

102 *Gerhard A. Ritter:* **Der Berliner Reichstag in der politischen Kultur der Kaiserzeit**
Festvortrag anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde mit einer Laudatio von Wolfgang Hardtwig

103 *Cornelius Frömmel:* **Das Flair der unendlichen Vielfalt**

104 *Verena Olejniczak Lobsien:* **„Is this the promised end?“**
Die Apokalypse des King Lear, oder: Fängt Literatur mit dem Ende an?

105 *Ingolf Pernice:* **Kompetenzabgrenzung im Europäischen Verfassungsverbund**

106 *Gerd Irrlitz:* **Das Bild des Weges in der Philosophie**

107 *Helmut Schmidt:* **Die Selbstbehauptung Europas im neuen Jahrhundert.**
Mit einer Replik von Horst Teltschik